



Beschlussvorlage

FB 2/036/23

Fachbereich	Finanzen
Berichterstatter	Raabe, Markus

Vorlagen-Datum	20.12.2023
----------------	------------

Gremium	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeinderat	20.02.2024	öffentlich

Betreff: Haushalt 2024

a.) Haushaltssatzung 2024 nebst Haushaltsplan und Anlagen

b.) Stellenplan 2024

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung 2024 wird mit dem Haushaltsplan, den Anlagen und dem Stellenplan 2024 mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Veränderungen beschlossen.
2. Ggf. ist über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge zu beschließen.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushalt 2024 wurde in der Sitzung am 14.12.2023 eingebracht. Der Entwurf ist dieser Verwaltungsvorlage erneut als Anlage beigefügt.

1. Anpassung der Stellenübersicht Beamte 2024 und Stelle Schulsozialarbeit
In der Gliederungsübersicht auf Seite 384 wurde die Stellenanzahl für die Besoldungsgruppe A 11 von 1 auf 0,5 sowie folglich auch die Gesamtanzahl der Beamten von 7 auf 6,5 Stellen korrigiert.

Ferner wurde – aufgrund der Anträge der CDU- und SPD-Fraktion eine neue Stelle Schulsozialarbeit S12 mit einem Stelleanteil von 50 % eingeplant.

2. Anträge der Fraktionen
Zum Haushalt 2024 sind zwischenzeitlich Anträge der Fraktionen eingegangen, die ebenfalls als Anlagen zu diesem TOP beigefügt sind. Hierüber können einzelne Beschlüsse gefasst werden
 - a. Antrag der ABA/FDP-Fraktion auf Erstellung eines Konzepts für repräsentative Bürgerumfragen
Auswirkungen auf den Haushalt 2024: zusätzlichen Kosten von 5.000 €
 - b. Antrag der CDU-Fraktion:
Die Gemeindeverwaltung Altenbeken wird damit beauftragt, den Bau eines

Spielplatzes im Baugebiet Unterm Limberg/Rotenbach schnellstmöglich auf dem gemeindeeigenen Flurstück 326 umzusetzen. Die entsprechenden Mittel sollen aus dem allgemeinen Haushaltsansatz genommen werden.

Auswirkungen auf den Haushalt 2024: keine zusätzlichen Kosten

c. Antrag der CDU-Fraktion zu den Rahmenbedingungen des Viaduktfestes:

Die CDU-Fraktion beantragt, dass Viaduktfest auf einem Rhythmus von jeweils 3 Jahre zu verschieben sowie einen finanziellen Rahmen ohne Betrachtung des Verwaltungsaufwandes von 75.000 € pro Viaduktfest festzusetzen.

Auswirkungen auf den Haushalt 2024: keine zusätzlichen Kosten etc.

Auswirkungen auf den Haushaltsjahr 2025: geringere Kosten von 120.000 €

Auswirkungen auf das Haushaltsjahr 2026: höhere Kosten von 75.000 €

d. Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung sämtlicher Positionen mit Bezug zu den geplanten Wohnmobilstellplätzen

Derzeit sind nur die Investitionskosten unter der IV13.0010 in Höhe von 100.000 € eingeplant. Diese Kosten würden dann wegfallen.

e. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Schaffung eines Stellenanteils (0,5 Vollzeit-äquivalenz) für die Schulsozialarbeit
Mehrkosten bei einer Einstellung ab dem 01.08.2024 rd. 14.000 € (in 2024)

f. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Vergabe eines Klimaschutzpreises

Es soll ein Betrag von 3.500 € zur Vergabe eines Klimaschutzpreises in das Haushaltsjahr 2024 eingestellt werden.

g. Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion beantragt, dass eine ½ Stelle für die Schulsozialarbeit in den Haushalt 2024 mit aufgenommen und der Stellenplan entsprechend angepasst wird. (Kosten ca. 33.000 €)

Gleichzeitig schlägt die SPD-Fraktion folgende Veränderungen vor:

1. Bau/Kauf von Übergangsheimen für Asylbewerber (IV16.0016) => streichen
2. Abriss der Garagen (IV24.0003) => streichen
3. Umbau Bürgerbüro (IV23.0012) => verschieben
4. Mountain-Bike-Strecke (IV21.0049) => streichen
5. Hundetoiletten (IV21.0053) => aussetzen bis 2027
6. E-Bike Ladestationen (IV20.0025) => verschieben bis 2027

3. Änderungs- und Ergänzungsliste zum Haushalt 2024

Zwischenzeitlich sind einige Änderungen eingetreten, die in der beigelegten Änderungs- und Ergänzungsliste dargestellt sind.

Hier wurden zusätzlich die möglichen Änderungen zum Haushaltsjahr 2024 aufgrund der o.g. Fraktionsanträge mit aufgenommen.

Verpflichtungsermächtigung 600.000 € in 2024 für 2025 „Breitband – Graue Flecke“

Um in 2024 kurzfristig auf eine mögliche Zuschusszusage für die Förderung der des Breitbandausbau „Graue Flecken“ durch Bund und Land reagieren zu können, wird im Haushalt 2024 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000 € eingestellt.

Es ist davon auszugehen, dass der Gesamtbetrag nicht in Anspruch genommen werden

muss bzw. die Förderungen einen Großteil des Betrages abdeckt.
Als Anlage ist die geänderte Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen beigefügt.